

- Es gilt das gesprochene Wort -

DGB-Bezirksfrauenkonferenz Berlin-Brandenburg, 02.06.2021

Thema: Wandel ist weiblich (Online-Veranstaltung)

Rede der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke zum Thema: Fifty-Fifty – Das Parité-Gesetz

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der DGB-Bezirksfrauenkonferenz,

liebe Susanne Feldkötter,

liebe Elke Harnack!

ich freue mich, über ein Thema sprechen zu können, das Ihnen allen ebenso wie mir wirklich am Herzen liegt:

Die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der Politik.

Wir kennen den Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Das ist eindeutig, dachten nicht nur in Brandenburg viele Frauen (und übrigens auch etliche Männer). Überdies ist die Regelung in der Landesverfassung Brandenburg noch klarer. Dort heißt es:

„Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.“

Verpflichtet! Wirksame Maßnahmen!

Das bedeutet für meinen Wirkungsbereich, die Politik:

Für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen im Landtag kann, ja muss mit gesetzlichen Schritten gesorgt werden. Dachten wir – und beschlossen Anfang 2019 das Parité-Gesetz, mit breiter Mehrheit von ganz links über die SPD bis zu den Grünen.

Das Gesetz sah vor, dass Parteien ihre Listen für die Landtagswahl paritätisch aufstellen müssen: Abwechselnd Frauen und Männer, insgesamt halbe-halbe. So sollten die Kandidatenlisten auf Landesebene aussehen, um den Anteil von Frauen im Parlament zu erhöhen.

Im Bundestag ist dieser Anteil 2017 auf 31 Prozent gesunken. Im Brandenburger Landtag liegt er bei 36 Prozent – und dass nur dank zweier Nachrückerinnen, die Männer ersetzten, weil diese in die Regierung wechselten. In der vorherigen Wahlperiode hatte der Frauenanteil übrigens noch 37,5 Prozent betragen, auch im Bundestag war er höher.

Ein gutes Drittel – das ist zu wenig, keine Frage.

Die Gesellschaft ist da in vielen Bereichen schon weiter als die Politik:

Mädchen erobern sich Männerberufe, Kindergärtner stehen hoch im Kurs, Berufsbezeichnungen sind längst männlich und weiblich, überall wird gegendert, Väter nehmen das Babyjahr, familiäre Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. So betrachtet formulierte unser Parité-Gesetz eigentlich Selbstverständliches.

Es war außerdem maßvoll. Es gab Frauen, die das Gesetz für unzureichend hielten, weil zum Beispiel in den Direktwahlkreisen keine Paritätsvorgaben gemacht wurden. Zudem sollte die Neuregelung erst bei der übernächsten Landtagswahl greifen.

Das Parlament, so viel steht fest, hat sich die Entscheidung über eine angemessene Vertretung von Frauen wie Männern in seinen Reihen nicht leichtgemacht, sondern um die beste Lösung gerungen – wirksam und zugleich mit Augenmaß.

Hätte das Parité-Gesetz bereits bei der Brandenburger Landtagswahl 2019 gegolten, wäre der Frauenanteil auf 41 Prozent gewachsen, immerhin. Keine Revolution, sondern eine überfällige Reform. Ein kleiner Schritt hin auf ein großes, wichtiges Ziel.

Dennoch hat das Verfassungsgericht des Landes das Gesetz für nichtig erklärt, übrigens auf Klagen der NPD und der AfD hin. Die Gründe für die Entscheidung möchte ich hier nicht im Detail erläutern. Wir müssen sie respektieren (und ich bin keine Juristin). Die Verfassungsrichterinnen und –richter haben mein volles Vertrauen, ich weiß: Auch sie haben sich die Sache nicht leichtgemacht.

Klar ist aber für fast alle, die hinter dem Parité-Gesetz gestanden haben: Dies war nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur vollen Gleichberechtigung der Geschlechter!

Denn das Ziel bleibt ja unverändert gültig und wichtig:

Warum sollen Entscheidungen, die alle betreffen, überwiegend von Männern gefällt werden?

Warum eigentlich, um einen verpönten Begriff zu verwenden, soll mehr Macht in männlichen Händen liegen als in weiblichen?

Wir sehen ja, welche Folgen das hat:

Frauen verdienen nach wie vor im Durchschnitt 20 Prozent weniger;

Sie beziehen 40 Prozent weniger Rente und neun von zehn Alleinerziehenden, denen Armut droht, sind Frauen. In der Corona-Pandemie tragen Familien und Frauen die größten Belastungen.

Immerhin, in den großen Unternehmen soll sich nun ein bisschen ändern: Ab vier Vorstandsmitgliedern soll eine Frau mit am Führungstisch sitzen, darauf hat sich die Große Koalition im Bund nach langem Drängen der SPD verständigt. Allerdings betrifft das nur Aktiengesellschaften und paritätisch mitbestimmte Unternehmen von 2000 Beschäftigten aufwärts; das sind nicht so unendlich viele.

Auf breiter Ebene gilt deshalb weiterhin:

Es besteht eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit, Frauen in größerer Zahl in Spitzenpositionen zu bringen – in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Verwaltung und eben auch in der Politik, den Parlamenten und Regierungen.

Ohne Geschlechterparität bleibt die Demokratie unvollendet.

Wenn Sie nun fragen: Wie geht es weiter nach dem vorläufigen Scheitern? Was ist zu tun? – dann antworte ich:

Wichtig ist aus meiner Sicht, weiter für das Ziel zu werben und einzutreten, es nicht aus den Augen zu verlieren. Auch das Frauenwahlrecht und andere Fortschritte mussten mühsam erkämpft werden, gegen Rückschläge.

Letztlich wird die Parität eine Folge des Umdenkens sein, das längst eingesetzt hat und sich ausbreitet. Die Parität-Gesetze in Brandenburg und auch in Thüringen haben diese Entwicklung erheblich beschleunigt.

Bis es eine gesetzliche Lösung gibt, können wir uns auf die praktische Organisation von Politik konzentrieren, um Verbesserungen zu erreichen:

Warum etwa müssen Ortsvereine oder Kommunalausschüsse in der Regel abends tagen, wenn Mütter sich um ihre Familien kümmern wollen?

Wie sieht es mit Arbeits-Freistellungen für Kommunalpolitikerinnen aus, analog der Feuerwehr?

Wo bleiben die Online-Lösungen für Gremiensitzungen jenseits von Corona?

Wann merken Männer, dass bei politischen Diskussionen nicht alle dasselbe sagen müssen, nur immer ausführlicher?

Mit einem Wort: Gleichberechtigte, bürgernahe Politik heißt frauen- und familienfreundliche Politik.

Immer mehr verstehen das, auch Männer.

Auf diese Weise lässt sich die Zeit nutzen, bis es bundesweit ein Paritätsgesetz gibt – so wie schon in Frankreich, Spanien, Polen, Portugal, Slowenien oder Belgien.

Es wird auch hier kommen, da bin ich sicher.

Vielen Dank!